

Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 02. Mai 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0035

**Informationsfreiheitssatzung für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 05.03.2012 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt Wiesbaden (Informationsfreiheitssatzung) sowie die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten der Landeshauptstadt Wiesbaden (Verwaltungskostensatzung) werden beschlossen.

Beschluss Nr. 0039

Der Antrag wird bis zur Vorlage des Berichts des Magistrats zum gem. Antrag von CDU und SPD vom 22.03.2012 „Informationsfreiheitssatzung für Wiesbaden“ (12-F-33-0039) vertagt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2012

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2012

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister